Deputation für Bildung

(städtisch)

Sitzungsprotokoll der 13. Sitzung

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
04. November 2004	**10.50 Uhr**	**12.15 Uhr**	**Rembertiring 8 – 12** **28195 Bremen**

Teilnehmer/innen:
siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 30. September 2004	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	Gestaltungsoptionen für Verlässliche Grundschulen: hier : Sachstandsbericht zur Umsetzung Schuljahr 2004/ 2005	Vorlage G 71
TOP 5	Bericht zur Veräußerung der Standorte Uhlandstraße 53 und Osterdeich 6	Vorlage G 72
TOP 6	Umbau und Erweiterung des Schulzentrums an der Julius-Brecht-Allee zur Aufnahme zusätzlicher Klassen der Schule am Rhododendronpark (Förderzentrum für die Bereiche Wahrnehmungs- und Entwicklungsförderung) Hier: Durchführung der baulichen Maßnahmen	Vorlage G 73
TOP 7	Neubau und Sanierung des Schulzentrums Rockwinkel Durchführung als PPP-Modell	Vorlage G 74
TOP 8	Auflösung der LernMIT GmbH	Vorlage G 75
TOP 9	Einrichtung neuer integrierter Stadtteilschulen	Vorlage G 68
TOP 10	Produktbereichscontrolling 2004 Produktplan Bildung, Stand 30. 09. 2004	Vorlage G 75 / L 64
TOP 11	Gebäudesanierungsprogramm	Vorlage G 76

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 30. September 2004

Das Protokoll der 12. Sitzung der Deputation für Bildung vom 30. September 2004 wird ohne Änderungen genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

1) Die Antwort auf die Anfrage Herrn Bürger zu der **Bezahlung der Betreuungskräfte** an der Tami-Oelfken-Schule wurde verteilt.

2) Der von Frau Janssen erbetene Sachstandsbericht zur Auseinandersetzung über die Raumkosten bei der **Stadtteilfarm Huchting** wurde verteilt.

3) Die Antwort auf die Frage von Frau Stahmann nach **Zuschussmöglichkeiten bei Auslandsfahrten** wurde verteilt.

4) Der von Herrn Rohmeyer erbetene Sachstandsbericht zur **Turnhallensituation und zum Neubau an der Grundschule Borgfeld** wurde verteilt.

5) Frau Diers (GSV) fragt, was hinsichtlich der angekündigten **Verteilung rechtsradikaler CDs** an Bremer Schulen unternommen werde. Herr Lückert antwortet, dass die Schulen laufen über den aktuellen Sachstand informiert würden. Bisher seien allerdings noch keine entsprechenden CDs aufgetaucht.

6) Herr Rohmeyer spricht sich dafür aus, dass es hinsichtlich der **Nichtabiturientenkurse** zwischen den Ressorts zu einer konstruktiven Beratung kommen sollte. Er bittet um eine Bewertung des Konzeptes durch das Haus. Staatsrat Köttgen weist darauf hin, dass eine Bewertung erfolgt sei mit dem Ergebnis, dass das vorliegende Konzept nicht den vereinbarten Anforderungen entspreche. Frau Stahmann spricht sich dafür aus, das NAK-Konzept in der Bildungsdeputation zu beraten. Staatsrat Köttgen erwidert, dass die Verantwortung hierfür bei Kultur liege, er habe dies Frau Staatsrätin Motschmann schriftlich mitgeteilt und werde sein diesbezügliches Schreiben Herrn Rohmeyer zur Verfügung stellen. Frau Hövelmann ergänzt, dass Kultur eine Vorlage erstellen müsse, die dann der Deputation für Bildung zur Kenntnis gegeben werde könne.

7) Herr Bürger bitte, um Darstellung, wie die Planungen hinsichtlich der Nutzung und Sanierung der **Hausmeisterwohnung Helsinkistraße** sind, und ob eine Einzäunung des Geländes in Betracht gezogen werde.

8) Herr Rohmeyer fragt, wieso bei dem, für das kommende Schuljahr geplanten, Umzug der Klassen von der **Schule Willakedamm an die Schule Delfter Straße** zwei Klassen im Gebäude Willakedamm verbleiben sollen. Frau Janssen antwortet, dass hierzu ein einstimmiger Beiratsbeschluss existiere. Durch dieses Vorgehen werde eine teure Containerlösung verhindert. Herr Rohmeyer sagt, dass es seiner Ansicht nach pädagogisch nicht sinnvoll sei, zwei Klassen isoliert in einem anderen Gebäude unterzubringen. Er bittet um einen Sachstandsbericht und einen Zeitplan zur Gebäudeaufgabe Willakedamm. Frau Janssen schließt sich dieser Bitte an. Herr Köhler bittet um eine genaue Betrachtung der Kosten.

Staatsrat Köttgen sagt die Beantwortung der offenen Fragen zur nächsten Sitzung der Deputation für Bildung zu.

TOP 4 Gestaltungsoptionen für Verlässliche Grundschulen Hier: Sachstandsbericht zur Umsetzung Schuljahr 2004/2005 — Vorlag G 71

Frau Hövelmann bemängelt, dass einige Schulen eine Beteiligung von unter 80% verzeichneten und bittet, die Gründe hierfür zu benennen. Sie dankt für die gute Vorlage und weist auf die notwendigen weiteren Bemühungen in diesem Bereich hin. Frau Hövelmann spricht sich für eine flächendeckende Einführung der Verlässlichen Grundschule ab dem nächsten Schuljahr aus. Frau Wangenheim bittet um Erläuterung, wie die Anmeldezahlen von teilweise über 100 % zu Stande kommen. Frau Ubben erläutert, dass die Anmelde- und Aufnahmezahlen teilweise noch abgestimmt werden mussten. Bei Schulen mit geringen Anwahlzahlen fänden Beratungen statt. Frau Wangenheim bittet, die tatsächlichen Zahlen an das Protokoll anzuheften. Frau Schnakenberg fragt, ob es Grundschulen gibt, an denen der Unterricht bis 13:15 Uhr stattfindet und wie bei diesen Schulen die Kooperation mit dem Hort gestaltet werde. Frau Ubben erläu-

tert, dass aufgrund der Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte diese auch nach 13 Uhr eingesetzt werden müssen, bezüglich der Essenszeiten der Kinder, die den Hort besuchen gebe es z.T. individuelle Lösungen. Frau Stahmann fragt, ob eine flächendeckende Einführung zum nächsten Schuljahr möglich sei. Frau Ubben antwortet, dass im Februar ein Konzept zur schrittweisen Umsetzung vorgelegt werde. Dieser Termin wurde gewählt, um sicherstellen zu können, dass Bedenken von Eltern einbezogen werden können. Herr Köhler bittet um Erläuterung, wie die Behörde eine Erhöhung des Anteils integrativer Systeme erreichen wolle. Herr Lückert erwidert, dass dies Inhalt der Beratungen der Jahresplanungen der Schulen sei. Staatsrat Köttgen betont die Notwendigkeit der Steigerung der Verbindlichkeit. Herr Kuckero (Personalrat Schulen) lobt die laufenden Vorbereitungskurse für Betreuungskräfte ohne pädagogische Ausbildung. Der hohe Zeitaufwand für die Zusammenarbeit von Lehrkräften und Betreuungskräften führe bei den Betreuungskräften jedoch zu unbezahlter Mehrarbeit, die auf Dauer nicht hinnehmbar sei. Frau Stahmann bemerkt hierzu, dass dies bereits bei der Bürgerschaftsdebatte von allen Fraktionen angesprochen wurde. Die derzeitige Haushaltslage lasse eine bessere Entlohnung des engagierten Einsatzes der Betreuungskräfte momentan allerdings nicht zu.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt den Sachstandsbericht zur Verlässlichen Grundschule zur Kenntnis.

TOP 5 Bericht zur Veräußerung der Standorte Uhlandstraße 53 und Osterdeich 6 — Vorlage G 72

Frau Hövelmann lobt die Vorlage. Ihrer Ansicht nach ist es wichtig, klare Bedingungen zu formulieren, um so eine teurere Lösung zu verhindern. Herr Köhler bemängelt, dass Bildung die Renovierung des Gebäudes sowie den Gewinn des Investors zahle und dafür 2 intakte Gebäude aufgebe. Er fragt, warum keine eigene Immobilie genützt werde. Herr Meinken erläutert, dass Bildung nach dem neuen System der Liegenschaftsverwaltung in allen Gebäuden Mieter sei, die GBI mache aufgrund des Verkaufsbeschlusses des Haushalts- und Finanzausschusses Angebote für neue Räume. Das Ressort sei darauf bedacht, zusätzliche Kosten zu verhindern. Im Gebäude Friedrich-Ebert-Straße sei lediglich eine Teilnutzung geplant. Frau Stahmann fragt, ob die Beiräte hiermit befasst wurden. Herr Meinken erklärt, dass ihm hierzu keine Informationen vorliegen*). Frau Stahmann möchte wissen, ob es bereits Erkenntnisse über Einsparungen gäbe. Herr Meinken antwortet, dass die momentane Finanzierung die Obergrenze einer zukünftigen Lösung darstelle. Die genauen Konditionen können erst nach einer Marktanfrage geklärt werden.
*) Ergänzung nach Schluss des Sitzung: Im zuständigen Ausschuss des Beirats ist bereits mehrfach über die Nachnutzung des Gebäudes Friedrich-Ebert-Str. berichtet worden, zuletzt in der Sitzung am 4. November 2003. Die zumindest teilweise öffentliche Nachnutzung mit Dienststellen des Bereichs Bildung wurde begrüßt und für die verbleibenden anderen Flächen Einschränkungen hinsichtlich freier privater Geschäftsnutzungen gefordert.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Veräußerung der Standorte Uhlandstraße 53 und Osterdeich 6 und zur Unterbringung der Dienststellen am Standort Friedrich Ebert Straße zur Kenntnis.

TOP 6 Umbau und Erweiterung der Schulzentrums an der Julius-Brecht-Allee zur Aufnahme zusätzlicher Klassen der Schule am Rhododendronpark (Förderzentrum für die Bereiche Wahrnehmungs- und Entwicklungsförderung) Hier: Durchführung der baulichen Maßnahmen — Vorlage G 73

Staatsrat Köttgen erklärt, dass alle den 3. Bauabschnitt betreffenden Formulierungen herausgenommen werden und die Gesamtsumme durch Decklung um 200.000 Euro reduziert werde. Frau Hövelmann problematisiert die Konzentration der beiden Klassen am Schulzentrum Julius-Brecht-Allee, auch wenn im Vergleich zu den ursprünglichen Planungen die Maßnahme nun kostengünstiger werde. Sie kritisiert, dass der Unterausschuss „Sonderpädagogische Förderung" nicht vorab befasst wurde und bittet, dies zukünftig sicher zu stellen. Die in diesem Fall festgelegte Zweizügigkeit solle aber in Bremen-Stadt nur in Ausnahmefällen gelten, dies dürfe keine Präjudizierung für andere Standorte bedeuten.

Beschluss

1. Die Deputation für Bildung stimmt der Einrichtung eines 2-zügigen Kooperationsstandortes an der Julius-Brecht-Allee zu.
2. Die Deputation für Bildung stimmt dem geplanten Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen am Standort Julius-Brecht-Allee und der aufgezeigten Finanzierung für den I und II. BA zu.
3. Die Gesamtkosten werden durch Decklung um 200.000 Euro reduziert.

TOP 7 Neubau und Sanierung des Schulzentrums Rockwinkel Durchführung als PPP-Modell — Vorlage G 74

Herr Rohmeyer begrüßt den eingeschlagenen Weg. Herr Bürger fragt, wer zukünftig für die Bauunterhaltung und Reparaturen aufkomme. Herr Meinken erläutert, dass diese Aufgabe nach der Abwicklung der Baumaßnahmen an das Ressort falle. Frau Stahmann betont, dass das Modell auch die Unterstützung der Eltern und Schüler fände. Herr Meinken erklärt, dass es sich um ein Pilotprojekt für das Ressort handle, das durch die Schule unterstützt werde.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Neu- und Umbau des Schulzentrums Rockwinkel im Rahmen eines alternativen Realisierungsmodells zur Kenntnis.

TOP 8 Auflösung der LernMIT GmbH — Vorlage G 75

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt zur Kenntnis, dass die LernMIT GmbH in den alleinigen Besitz der Stadtgemeinde Bremen übergeht, der Geschäftsbetrieb mit dem 31.12.2004 eingestellt und anschließend die Auflösung der Gesellschaft erfolgen wird.

TOP 9 Einrichtung neuer Integrierter Stadtteilschulen — Vorlage G 68

Frau Hövelmann sagt, dass das Gerhard-Rohlfs-Schulzentrums nun mehr grünes Licht für die Umwandlung erhalte, womit nicht nur die in das Konzept investierte Arbeit gewürdigt, sondern auch dem Elternwille Folge geleistet werde. Die Zügigkeit werde von den Anwahlzahlen abhängig gemacht. Sie bringt dass Bedauern der SPD Fraktion über die Nichtumwandlung des Schulzentrums an der Helgolander Straße zum Ausdruck und bittet, insbesondere im Bremer Westen den Bedarf an Integrierten Systemen weiter zu verfolgen. Herr Fries äußert sich positiv über die Umwandlung des Gerhard-Rohlfs-Schulzentrums. Gleichzeitig bedauert er, dass hinsichtlich der Helgolander Straße kein entsprechender Beschluss gefasst wird. Er hält ein Signal an die Schule für notwendig. Herr Rohmeyer vertritt die Ansicht, dass die Einrichtung einer weiteren Integrierten Stadtteilschule im Bremer Westen die Schulvielfalt in diesem Stadtteil reduzieren würde. Aus diesem Grund sei für ihn eine Umwandlung der Helogolander Straße derzeit kein Thema. Er erbittet einen Sachstandsbericht zur Qualität der Sekundarschule inklu-

sive der Profilbildung zur nächsten Sitzung. Frau Kiese (ZEB Bremen) sagt, dass die Schule die lange Zeit der Kontroverse als sehr schwierig empfunden habe. Sie bemängelt die Verknüpfung der unterschiedlichen Sachentscheidung miteinander. Auch von Seiten der Helgolander Straße sei ein klar formulierter Wunsch zur Weiterentwicklung existent, der nicht einfach ignoriert werden dürfe. Sie bittet um eine zügige Auseinandersetzung mit dem Thema. Frau Hövelmann betont das Interesse der SPD-Fraktion an einer Lösung für die Helgolander Straße. Herr Fries bittet um einen Sachstandsbericht bezüglich des Antrags der Schule Helgolander Straße zur Umwandlung in eine Integrierte Stadtteilschule und um Darstellung der Anwahlzahlen im Bremer Westen. Staatsrat Köttgen gibt zu bedenken, dass ein Bericht zur Qualität der Sekundarschule bereits nach 2 Monaten nicht sehr aussagekräftig sei und kündigt einen Bericht zum Ende des Schuljahres an. Über den Antrag der Schule Helgolander Straße müsse weiter beraten werden, um im Interesse der Kinder zu einer vernünftigen Lösung zu kommen.

Beschluss

Die Deputation für Bildung stimmt der Umwandlung des Gerhard-Rohlfs-Schulzentrums zu einer integrierten Stadtteilschule zum Schuljahr 2005/2006 zu. Die Zügigkeit dieser Schule wie die des Gymnasiums Vegesack in Klassenstufe 5 wird entsprechend den Anwahlen eingerichtet.

TOP 10 Produktbereichscontrolling 2004 Produktplan Bildung, Stand 30.09.2004 — Vorlage G 75 / L 64

Herr Köhler bittet um einen Sachstandsbericht zur Gründung der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur. Staatsrat Köttgen berichtet, dass die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur eingetragen und Herr von Lührte als vorläufiger Geschäftsführer eingesetzt worden sei. Derzeit werde intensiv debattiert, welche Arbeitspakete und Personen in die Gesellschaft übergehen sollten. Bei der Personalüberführung soll das Freiwilligkeitsprinzip gelten. In diesem Jahr werden noch ca. 4 Millionen Euro über die GmbH abgewickelt, was aber auch mit dem Rechnungshof abgestimmt werde. Die Gesellschaft befindet sich auf einem guten Weg, derzeit liege die Priorität bei der Suche eines geeigneten Geschäftsführers. Herr Meinken ergänzt, dass derzeit geklärt werden müsse, welche Aufgaben und welche Mitarbeiter tatsächlich in die Gesellschaft übergehen sollen. Die Gesellschaft müsse nach und nach mit Leben gefüllt werden. Zu der räumlichen Unterbringung lasse sich derzeit allerdings noch nichts sagen. Frau Voigt (GSV) fragt, was mit Mitarbeitern geschähe, die nicht in die GmbH wechseln wollen. Staatsrat Köttgen antwortet, dass primär die Aufgabe an sich in die GmbH übergehe. Mitarbeiter die dem Wechsel in die GmbH nicht zustimmten, erhielten eine neue Aufgabe im Haus. Frau Wangenheim betont, dass die Mitarbeiter, die dem Wechsel zustimmen jederzeit in den öffentlichen Dienst zurückkehren können. Herr Rohmeyer fragt, ob der 1. Bericht zur Gesellschaft tatsächlich zum 30.11. 2004 vorgelegt werde. Staatsrat Köttgen antwortet, dass im Dezember der 1. Bericht vorgelegt werde.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

TOP 11 Gebäudesanierungsprogramm 2005 bis 2007 — Vorlage G 76

Herr Köhler erklärt, dass die Fraktion von Bündnis 90/ die Grünen sich enthalten, da sie grundsätzlich Kritik am Gebäudesanierungsprogramm haben. Frau Stahmann fragt, ob auf weitere PCB-Untersuchungen verzichtet werden soll. Staatsrat Köttgen antwortet, dass bei einem begründeten Verdacht auch weiterhin Untersuchungen durchgeführt werden.

Beschluss (bei zwei Enthaltungen von Bündnis 90 / Die Grünen)

1. Die Deputation für Bildung nimmt das Gebäudesanierungsprogramm 2005-2007 zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Bildung stimmt der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 6,089 Mio. € zu.

Senator	Sprecherin	Protokollantin